

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr

77. Sitzung
24. Januar 2011

Beginn: 10.05 Uhr
Ende: 11.26 Uhr
Vorsitz: Dr. Thomas Flierl (Linksfraktion)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Albert Weingartner (CDU) fragt, wie der Senat das Angebot privater Investoren bewerte, auf eigene Kosten die Schinkel'sche Bauakademie nach historischem Vorbild unter der Voraussetzung wiederzuerichten, dass eine nahe gelegene Fläche zur Wohnbebauung erworben werden könne. Gebe es in dieser Angelegenheit bereits Verhandlungen?

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) möchte ergänzend wissen, welche Nutzung der Senat perspektivisch für die Bauakademie für sinnvoll und machbar halte. Sei diese Nutzung mit Ladenflächen im Erdgeschoss vereinbar? Wie sollten die künftigen Betriebskosten des Gebäudes aufgebracht werden?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) begrüßt Aktivitäten zur Wiedererrichtung und Nutzung der Bauakademie. Im Vordergrund der Bemühungen eines noch nicht abgestimmten Konzepts stünden Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung hinsichtlich von Fragen der Architektur und Baukultur, der wissenschaftlichen Begleitung oder Ausrichtung einer solchen Akademie und der Unterbringung von kulturellen Nutzungen. Dabei könne es notwendig, möglich oder geboten erscheinen, im Erdgeschoss ein Café, ein Restaurant oder ein Geschäft zum Medienverkauf im Zusammenhang mit Kultur und Baukultur unterzubringen. Nicht unterstützen würde sie eine kommerzielle Nutzung für den Verkauf von Angeboten des täglichen Bedarfs oder durch übliche Filialisten. – Der Senat sei über die Angebote, die abgegeben worden seien, nicht informiert. Das Verfahren werde von der BIImA geführt. Das hier in Rede stehende Angebot sei dem Senat nur im Rahmen der Pressekonferenz von Interessenten bekannt geworden. In einem laufenden Bieterverfahren dürfe der Senat kein einzelnes Angebot bewerten.

Albert Weingartner (CDU) möchte wissen, ob der Senat bei der Wiedergestaltung des Stadtraums dort eher Vorstellungen des Architekten Stuhlemmer priorisiere.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) meint, es sei schwierig, Bauinteressenten Sandstein oder anderes Material vorgeben zu wollen. Im Rahmen des Verkaufsverfahrens seien Vorgaben in Bezug auf die Parzellierung gemacht worden. Es sei im Interesse der jeweiligen Bauherren, sich am Schinkelplatz zu

orientieren, der eine Herausforderung und eine Verpflichtung sei. Man habe es mit einem herausragenden und wertvollen Ort zu tun. Sie sei sicher, dass künftige Bauherren den Wert nicht durch unangemessene Gestaltung schmälern wollten.

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) fragt, ob der Senatorin bekannt sei, welche Werbung zurzeit an der Bauakademie zu sehen sei. Halte sie die lasziv liegende Dame im Großformat für vereinbar mit den Regeln zur Großflächenwerbung?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) erwidert, sie habe das zuständige Bezirksamt gebeten, dies zu prüfen. Sie habe das Bezirksamt mehrfach gebeten, auch großflächige Werbung an anderer Stelle hinsichtlich dessen zu prüfen, ob sie den Vorgaben des Senats entspreche.

Dr. Thomas Flierl (Linksfraktion) möchte wissen, welche Anstrengungen der Senat unternommen habe, um für die Fashion Week einen geeigneten neuen Standort zu finden. Sei damit das Ende der schändlichen Fehlnutzung des Bebelplatzes sichergestellt?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) bemerkt, dass man es auch hier mit einer ureigenen Bezirksangelegenheit zu tun habe. Die Nutzung der Plätze und Straßen auch im zentralen Bereich sei zu ihrem großen Bedauern eine Angelegenheit der Bezirksamter. Dennoch müsse der Senat sich bar jeder Zuständigkeit unter wirtschafts- und stadtentwicklungspolitischen Gesichtspunkten einmischen. Es habe Gespräche unter Beteiligung der Wirtschaftsverwaltung und anderer Interessierter gegeben, um die Fashion Week bei der Suche nach einem Standort zu unterstützen. In Rede stünden verschiedene Orte. Es zeichne sich ab, dass die Straße des 17. Juni bis zum Brandenburger Tor genutzt werden könne. Sie würde damit im Sommer für ca. drei Wochen gesperrt.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) fragt, wie der Senat die aktuelle Situation hinsichtlich der Flugrouten einschätzt.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) erklärt, dass die Deutsche Flugsicherung aufgefordert sei, im Auftrag der Fluglärmkommission die dort verabschiedeten Anträge sorgfältig zu prüfen und eigene Überlegungen anzustellen, wie die geringste Lärmbelastung erreicht werden könnte. Es könnte möglich sein, dass von der nördlichen Landebahn geradeaus und von der südlichen nach Süden abknickend geflogen werden solle. Dieser Vorschlag des Landes Berlin könnte Priorität besitzen. Ob sich die DFS dem anschließe, sei vom Land Berlin nicht abschließend einzuschätzen. Die DFS beharre offenbar nicht mehr auf ihren Vorschlägen vom 6. September 2010. Viele Varianten würden ernsthaft geprüft.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) nimmt an, dass der Senat also in der Angelegenheit völlig inaktiv sei.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) versichert, dass das Land Berlin in der Fluglärmkommission mit großem Engagement arbeite. Es leiste einen Beitrag dazu, dass Abstimmungen auch mit Vertretern des Landes Brandenburg in der Fluglärmkommission vorgenommen würden.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0288](#)
Information über die Ergebnisse des Gutachtens des Potsdamer Instituts für Klimaforschung (PIK) über die Auswirkungen des Klimawandels auf Berlin und die Konsequenzen des Senats
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- b) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0323](#)
Erster Bericht zum Klimawandel in Berlin – Auswirkungen und Anpassung
(auf Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke)
Drs 16/2555
- c) Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke [0405](#)
Stadtentwicklungsplan (StEP) Klima – als Grundlage für die Anpassung an Klimafolgen bei der räumlichen Planung mit breiter Beteiligung aufstellen
Drs 16/3201
- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0446](#)
Der StEP Klima muss Teil einer integrierten Klimastrategie werden!
Drs 16/3448

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) meint, man habe es mit der Tagesordnung geschafft, dass die Senatorin den Stand des StEP-Klimakonzepts veröffentlicht habe. Für die Grünen sei besonders wichtig, dass die verschiedenen Bausteine zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt würden. Man dürfe nicht Klimaschutz und Klimaanpassung völlig separat betrachten. Es müsse ein klares Indikatoren-System geben, damit man feststellen könne, ob Zielvorgaben eingehalten würden. Im Rahmen einer Gesamtstrategie seien Bodenentsiegelung und die Schaffung einer kleinteiligen Freiflächenbegrünung, auch von Dächern und Fassaden, wichtiger als weiße Fassaden. Dazu gehöre die Schaffung von großflächigen Kaltluftseen und Klimaschneisen. Sehr wichtig sei die Kooperation mit Brandenburg bezüglich der Zerschneidung von Natur und Landschaft und der Potenziale für regenerative Energien. Dies müsse sich auf die Flächennutzungs- und Bebauungspläne auswirken; die Bauordnung müsse ökologisiert werden.

Marion Platta (Linksfraktion) begründet den Antrag der Koalitionsfraktionen. Man wolle mittel- und langfristige Maßnahmen erarbeiten lassen, die sich nicht nur auf die Versiegelung in der Stadt beziehen, sondern auch auf Be- und Entwässerung. Es gehe nicht nur um die Straßenbäume, sondern auch um die Waldflächen in der Stadt, die angepasst werden müssten. Besondere Brandschutzmaßnahmen müssten entwickelt werden. Man benötige ein angepasstes Pflanzenprogramm. Man wolle die breite Beteiligung nicht nur der Fachöffentlichkeit, sondern auch der Verbände.

Claudia Hämerling (Grüne) bittet darum, dass evaluiert werde, welche Maßnahmen welche Wirkung erzielt und wie sie die Emissionen im Einzelnen seit der Wende verändert hätten. Sie habe nach der Entwicklung der CO₂-Emissionen des Verkehrs im Verhältnis zu den Gesamtemissionen gefragt: Seit der Wende hätten die Gesamtemissionen zwar um 30 Prozent gesenkt werden können, aber die Emissionen des Verkehrs seien fast gleich geblieben. Dies liege insbesondere am Flugverkehr, aber auch am Straßenverkehr. Relativ sei dessen Anteil an den Gesamtemissionen um 30 Prozent gestiegen. Dies sei Anlass, darüber nachzudenken, inwieweit man Maßnahmen für die Organisation des MIV im Verhältnis zum ÖPNV und zum Radverkehr regele, damit auch dort das CO₂-Aufkommen reduziert werde. Es sei nicht sinnvoll, dass überall der CO₂-Ausstoß reduziert werde, der Autoverkehr dies alles aber wieder zunichte mache. Sie bitte, dies beim StEP Klima ernsthaft zu berücksichtigen. Der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen sei sehr hoch und sinke nicht wie in den anderen Bereichen.

Carsten Wilke (CDU) sagt, er hielte es für erfreulich, wenn der Senat sich um Mindestanforderungen im Zusammenhang mit der Klimaanpassung bemühen würde. Es würden noch nicht einmal die gefällten Bäume nachgepflanzt. Wozu werde dann überhaupt ein Bericht zum Klimawandel erstellt? – Trotzdem interessiere der Verfahrensstand. Bei der Thematik habe man manchmal den Eindruck, dass Ungewissheit als Gewissheit verkauft werden solle. Für wie zuverlässig halte der Senat langfristige Prognosen für die heutigen Anforderungen? Wäre es nicht ratsam gewesen, sich nicht nur an das Potsdamer Institut, sondern auch an andere renommierte Institute zu wenden? – In der Klimaschutzdebatte jage in den letzten zehn Jahren eine Horror-

meldung die andere; viele hätten sich nicht bestätigt. Der Senat begründe alle Maßnahmen für die nächsten 100 Jahre mit den Prognosen eines Instituts. Wie zuverlässig seien diese Zahlen überhaupt?

Ellen Haußdörfer (SPD) betont, dass die Klimastrategie verschiedene Aspekte habe. Der StEP Klima sei mit den anderen StEPs gleichberechtigt. Man müsse auch den Überblick jenseits von Einzelprojekten haben. Dazu gehöre auch das Flächenmanagement. Auch die kleinen Flächen in den Kiezen seien interessant, sie seien wichtig für die Klimabilanz im jeweiligen Kiez. Der Hitzestress werde das vorrangige Problem in den nächsten Jahrzehnten sein. Bestimmte Leitbilder hätten sich bestätigt. Nicht ohne Grund habe man eine Bauausstellung zum Thema Raumstadt. Man müsse von der Einzelfallbetrachtung zu einer übergreifenden Schau kommen. Mit ihrem Antrag hätten die Koalitionsfraktionen Schwerpunkte gesetzt, die zu beachten seien. Dazu interessiere der letzte Stand.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) erklärt, dass mit dem StEP Klima die Verbesserung und Sicherung der Lebensqualität in der Stadt verfolgt werde. Dazu gehöre, dass man sich mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetze und wissenschaftliche Begleitung in Anspruch nehme. Das Gutachten des Potsdamer Klimafolgenforschungsinstituts sei dabei ein wesentlicher Baustein. Man dürfe allerdings nicht bei der Betrachtung einer solchen einzelnen Begutachtung stehenbleiben. Daher habe man ein Institut für Landschaftsplanung und -entwicklung und ein Stadtplanungsbüro mit der Aufgabe betraut, ein Fachgutachten zum StEP Klima zu erarbeiten. Dieses werde zurzeit ausgewertet. Man wolle dann die Senatsvorlage fertigen. Ende Mai solle ein Bericht vorgelegt werden. Stadtentwicklungsplanerische Tätigkeiten politischer Art für die Zukunft wie die Formulierung der Aufgaben und Ziele einer Internationalen Bauausstellung gehörten dazu, aber auch die Fokussierung von Handlungsfeldern auf stadträumliche Ziele und Maßnahmen. Dies seien die Fragen des Bioklimas im Stadtraum, der Grün- und Freiflächen, der Gewässerqualität und des Starkregens und des Klimaschutzes insgesamt. Mit der Vorlage des Stadtentwicklungsplans Klima würden einzelne Bereiche genannt, in denen man räumlich fokussiert die Handlungsfelder konkret ausfüllen könne. Allerdings bedürfe die Umsetzung einer Diskussion mit der Stadtgesellschaft. Auch die Bürger seien an einer Diskussion zu den Folgen des Klimawandels und der Klimaanpassung zu beteiligen. Mit der Vorlage des StEPs könnten nicht auf ewig einzelne Handlungsfelder oder Maßnahmen festgelegt werden. Der StEP Klima sei eine Wegweisung, er zeige die Richtung auf. Die verschiedenen Wege in die Richtung und auf das Ziel der Sicherung der Lebensqualität hin müssten immer wieder überprüft werden. Das Planwerk werde durch die und in der Auseinandersetzung mit Leben erfüllt. Sie rechne damit, dass kleinteilig diskutiert werde. Erste Ergebnisse der Untersuchungen zum Klimawandel seien auf der Homepage von SenStadt veröffentlicht.

Marion Platta (Linksfraktion) erwidert, dass sie sich diese Untersuchungen bereits angeschaut habe. Diesen sei zu entnehmen, dass die Umweltgerechtigkeit in der Stadt in den nächsten Jahren so schnell nicht wieder herzustellen sei. In der Innenstadt werde es in den Sommermonaten erhebliche Probleme geben. Wenn man die Innenentwicklung weiter vorantreiben wolle, müsse ein Konzept entworfen werden, damit die Lebensqualität in den Sommermonaten erhalten werde. Man müsse bald Maßnahmen entwickeln. Wie werde das Projekt Tempelhofer Feld im Hinblick auf diese Untersuchung bewertet? Wie sollten Plätze wie der Gendarmenmarkt im Hinblick auf die Untersuchung entwickelt werden?

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) unterstreicht die Bedeutung der Aussage des PIK, dass bis 2050 die Temperatur in der Region Berlin-Brandenburg um durchschnittlich 2,5 Grad steigen und die Austrocknung und Grundwasserentwicklung problematisch werden könnte. Berechtigt sei die Kritik am Auseinanderfallen von konkretem Handeln und solchen Zielen. Die Forderungen auch des BUND nach Straßenbäumen und zu den verbleibenden großen Klimaschneisen seien daher berechtigt.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) verweist auf Ausführungen seiner Fraktion im Plenum. Sie befürworte den Antrag der Koalitionsfraktionen. Konkrete Maßnahmen seien erwähnt. Der Antrag der Grünen sei der große Plan von allem. Erforderlich sei eine gewisse Flexibilität in den Handlungen.

Daniel Buchholz (SPD) erklärt, was die Grünen vorschließen, sei ehrenwert. Der hehre Anspruch sei in der Praxis aber kaum umsetzbar. Alle seien dafür, möglichst viele Straßenbäume im Stadtbild zu erhalten. In der Praxis gehe es aber darum, wie die Bezirke mit ihren jeweiligen Haushaltstiteln umgingen, wie viel sie für

das Nachpflanzen von Straßenbäumen ausgaben. Sollte man also den Bezirken das Budgetrecht nehmen, weil über den großen Plan die gesamte Stadt gesteuert werde? – Man habe übergeordnete Planwerke als Stadtsteuerungsinstrumente. Trotzdem seien für die einzelnen Bebauungspläne die Bezirke zuständig. Trotzdem sei es wichtig, dass man kleine und große Freiräume und Freiflächen erhalte. Denn es bestehe die Tendenz, alles zuzubauen. Und dann wundere man sich darüber, dass das Klima der Stadt umkippe. – Bei Betrachtung der Temperaturentwicklung in den letzten Jahren könne man nicht guten Gewissens behaupten, dass es keine Klimaveränderung gebe.

Carsten Wilke (CDU) erwidert, man sollte sich gegenüber dem Mainstream eine kritische Haltung bewahren. Auch in Bezug auf den Klimaschutz sollte man nicht alles als gegeben hinnehmen. – Auch die CDU-Fraktion halte den Antrag der Koalitionsfraktionen für den geeigneteren. Allerdings sei es einfach, etwas zu fordern, woran der Senat bereits seit geraumer Zeit arbeite. Es sei guter Brauch, dass ein Antrag, an dem die Verwaltung bereits lange arbeite, für erledigt erklärt werde. Dies beantrage er somit. – Der Antrag der Grünen enthalte nicht wesentlich mehr als das, was die Enquetekommission bereits vor über zehn Jahren erarbeitet habe und was noch gelten solle.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der CDU, den Antrag zu c) für erledigt zu erklären, ab. Er stimmt dem geänderten Antrag der Koalitionsfraktionen zu c) zu und lehnt den geänderten Antrag der Grünen zu d) ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|----------------------|
| a) | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1994 den aktuellen Bevölkerungsprognosen anpassen
Drs 16/0132 | 0012 |
| b) | Antrag der Fraktion der FDP
Weniger Bürokratie und mehr Service in der Berliner Bauplanung und Stadtentwicklung (I): effiziente und transparente Landesplanung
Drs 16/0986 | 0130 |
| c) | Antrag der Fraktion der FDP
Brachflächenkataster für Zwischennutzungen in Berlin einrichten
Drs 16/1542 | 0214 |
| d) | Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke
Änderungen des Flächennutzungsplans für die Öffentlichkeit noch transparenter gestalten
Drs 16/3303 | 0423 |
| e) | Vorlage – zur Beschlussfassung –
Änderungen des Berliner Flächennutzungsplans (FNP Berlin)
Drs 16/3742 | 0470 |

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) bemerkt zu a), das Problem sei nach wie vor wichtig, auch wenn der Antrag schon alt sei. Da sich in den Neunzigerjahren der Metropolenrausch stark im FNP niedergeschlagen habe, wäre es wichtig, die Formate des FNP jetzt realistisch zu gestalten. Wenn es zutreffe, dass die Bevölkerung bis 2030 nur um 60 000 Einwohner zunehme, dann sollte der FNP endlich überarbeitet werden. Ein FNP sollte ohnehin alle 15 Jahre aktualisiert werden. – Nach Ansicht der Gerichte solle Berlin sich endlich an § 17 der Baunutzungsverordnung halten. Auch unter diesem Aspekt sei die häufige Ausweisung von

Kerngebieten ein großes Problem. Der FNP verfüre dazu, solche Überausnutzung voranzutreiben. Dazu möge der Senat Stellung nehmen.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) begründet die Anträge seiner Fraktion. Bei der gemeinsamen Landesplanung solle Bürokratie abgebaut werden. Die Zusammenarbeit müsse optimiert werden. Der gegenwärtige Zustand müsse mit dem Ziel evaluiert werden, Verwaltung abzubauen und die Zuständigkeiten aufgabenkritisch zu bewerten. Dadurch solle auch die Ansiedlung von Unternehmen in beiden Ländern verbessert werden. Darüber hinaus bedürfe es einer Neufassung des Landesplanungsvertrags. Zu berichten sei bis zum 31. 3. 11. – Es gebe eine Vielzahl von Brachflächen. Diese sollten erfasst und das Datenmaterial gepflegt werden, damit man wisse, welche Lücken sich für eine Zwischennutzung eigneten. Dies könne man mit der Frage kombinieren, welche Privaten Derartiges hätten.

Petra Hildebrandt (SPD) bemerkt, dass die bei einer Änderung des FNP vorgeschriebene Bürgerbeteiligung selbstverständlich sei. Über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus könne aber das eine oder andere getan werden, um diese Bürgerbeteiligung einfacher und niedrigschwelliger zu machen. Bei komplizierteren FNP-Verfahren könne es sinnvoll sein, auch die Änderungen zwischen Verfahrensschritten noch transparenter zu gestalten. Daher solle die Internetpräsentation entsprechend angepasst werden, damit die Bürgerbeteiligung für architektonisch und baurechtlich nicht Vorgebildete einfacher werde.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) erklärt, dass man mit den ständigen FNP-Änderungen, bei denen um Zustimmung gebeten werde, auf dem richtigen Weg sei. Der FNP werde nämlich ständig aktualisiert. Daher könne orientiert an den einzelnen Vorschlägen diskutiert werden, wie der FNP verändert werde. Sie halte ein solches laufendes Änderungsverfahren, orientiert auch an kurzfristig definierten Bedarfen, für richtig und ausreichend. – SenStadt fühle sich durch den Koalitionsantrag unterstützt. Es sei richtig, den Bürger/innen die Möglichkeit zu geben, sich auch über eine Information über das Internet zu orientieren.

Die Gemeinsame Landesplanung sei eine sehr schlanke und transparente Organisation. Berlin müsse darauf bestehen, dass hier nicht weiter in untergeordnete Verwaltungseinheiten delegiert werde. Berlin habe einen ständigen intensiven Abstimmungsbedarf mit Brandenburg und sollte darauf bestehen, dass die Gemeinsame Landesplanung unter unmittelbarem Einfluss der Berliner Politik geführt werden könne. Die bewährte Organisationsform, die transparent und schlank sei, sollte beibehalten werden.

Über den Antrag der FDP zu einem Brachflächenkataster wundere sie sich. Wäre es nicht den Grundstückseigentümern, die ein Interesse an einer Zwischennutzung ihres Grundstücks hätten, zuzumuten, sich ggf. zu verständigen und an den Markt heranzutreten? – Sie halte es für übertrieben, dass eine Landesbehörde einzelnen Grundstückseigentümern abverlange zu sagen, in welcher Weise und Form sie welche Zwischennutzung zulassen würden, und als Land eine Verwaltungsbehörde aufzubauen, die die Aufgabe übernehme, die die Grundstückseigentümer selbstständig zu eigenen Kosten tätigen könnten.

Michael Künzel (SenStadt) führt zur Heidestraße, den ehemaligen Güterbahnhöfen im Umfeld des Hamburger und Lehrter Bahnhofs, aus, dass Wettbewerbs- und Masterplanverfahren seit 2007 das Ziel hätten, diesen Bereich in städtebaulichen Zusammenhang mit dem Hauptbahnhof zu bringen, Fragen der Verkehrs- und der technischen Infrastruktur zu lösen, die Themen Umweltbelange, Lärm, Wasser in einen Zusammenhang zu bringen und Art und Maß der Nutzung zu definieren. Dabei sei das Thema Nachhaltigkeit wichtig, zu diesem Zweck seien Flächenrecycling, Innenentwicklung und Verkehrsinfrastruktur bearbeitet worden. Die Eigentümer seien dabei, für die Ver- und Entsorgungsstruktur ein nachhaltiges Konzept zu entwickeln. In einem nächsten Schritt werde es bei den Gebäuden darum gehen, Energieeffizienz und ressourcenschonenden Umgang mit Materialien in das Konzept einzupflegen. Die Grundlagen für das Nachhaltigkeitskonzept seien im Masterplan festgelegt und zusätzlich in den Leitlinien formuliert. Zur Lage der Heidestraße habe es eine umfassende Untersuchung gegeben. Die Randlage habe sich als die schlechtere erwiesen. Der Masterplan stelle entsprechend ein urban gemischtes Quartier dar, das zum Spandauer Schiffahrtskanal hin Wohngebiete und zur Bahn hin eher gemischt genutzte und Gewerbegebiete habe, mit der Heidestraße als innerstädtischem Boulevard. Der derzeitige FNP zeige die Heidestraße in der Randlage parallel zur Bahn und ein daneben liegendes Mischgebiet. Die neue FNP-Darstellung zeige die in der Mitte liegende von einem

Mischgebiet umgebene Heidestraße. Das südliche Gebiet M 1 sei nach Norden vergrößert worden. Mitten in dem geplanten Wohngebiet werde ein Stadthafen angeordnet.

Im südwestlichen Bereich von Schwanenwerder seien Gemeinbedarfsflächen mit hohem Grünanteil dargestellt. Diese würden nicht mehr benötigt, sie sollten verkauft und als Wohnbauflächen entwickelt werden. Deshalb solle W 4 mit landschaftlicher Prägung daraus werden. Nach einem umfangreichen landschaftsplannerischen Verfahren unter Beteiligung der Forsten sei ein sehr differenzierter Bebauungsplan im Bezirk erarbeitet worden, der private Grünflächen auf wesentlichen Teilen der Grundstücke festsetzen solle. Auf dem kleinen Streifen für Wohnbauflächen seien die Bauflächen stark differenziert; schützenswerte Bäume seien dargestellt.

In Marzahn-Hellersdorf, Südliche Zossener Straße, werde eine Schule aufgegeben. Die Fläche solle in das Wohngebiet integriert und als W 2 dargestellt werden.

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) erklärt, dass ihre Fraktion den drei Anträgen zustimmen werde. Das Brachflächenkataster solle ab einer gewissen Mindestgröße organisiert sein. – Zur FNP-Änderung Heidestraße enthielten die Grünen sich, weil bedauerlicherweise die Verlegung an die Schiene nicht gelinge. Es müsste im Interesse der Stadtstruktur eine Straßenverbindung nach Osten in Richtung Scharnhorststraße geben. Dort sei nur der Fußgängersteig geplant, dies sei eine zu geringe Vernetzung. – Der Änderung in Schwanenwerder stimme sie zu. – Warum sei der Schulstandort in Marzahn-Hellersdorf entbehrlich?

Ellen Haußdörfer (SPD) findet den Wunsch der Grünen nach einer Autobrücke verwirrend. – Zum Antrag der Grünen: Zwar steige die Einwohnerzahl nicht stark, aber die Menschen hätten andere Bedarfe. Daher müsste über eine Bedarfsprognose für einzelne Räume diskutiert werden. Zahlen würden bereits erhoben, und man habe entsprechende Strategien. Dazu gehöre das barrierefreie Wohnen in der Stadt.

Sie teile die Auffassung, dass die Gemeinsame Landesplanung schon sehr entbürokratisiert sei und sich neu aufgestellt habe. Man sei gut beraten, die sachgerechte Ausstattung beizubehalten. Die Konzentration auf den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg habe eine Senkung des Verwaltungsaufwands bewirkt. Der FDP-Antrag sei daher abzulehnen.

Ein Brachflächenkataster würde zu einem Mehr an Bürokratie führen. Die Privaten schafften es, sich in den einzelnen Gebieten entsprechend aufzustellen. Das Land habe manchmal leider keine Möglichkeiten, ein gewisses Baurecht durchzusetzen, da niemand gezwungen werden könne, von seinem Baurecht Gebrauch zu machen. Mit der Neuorientierung der Liegenschaftspolitik habe man einige Schwerpunkte gesetzt.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Grünen zu a) und die geänderten Anträge der FDP zu b) und c) ab. Er stimmt dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu d) sowie den FNP-Änderungen zu.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vorlage – zur Kenntnisnahme –
gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB in Verbindung mit
Artikel 8 Absatz 6 des Landesplanungsvertrages

[0297](#)

Verordnung über den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B)

VO-Nr. 16/161

Drs 16/2314

(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –

[0450](#)

Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz der Sporthalle Allee der Kosmonauten 17 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Lichtenberg-Nord, zwecks

Veräußerung

Drs 16/3469

Der **Ausschuss** empfiehlt die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung –.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –

[0451](#)

Aufgabe gemäß § 7 Abs. 2 Sportförderungsgesetz der öffentlichen Sportflächen,

Rüdigerstraße 76 im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Alt-Lichtenberg, zwecks

Vergabe des Standortes in Erbpacht an einen privaten Schulträgerverein

Drs 16/3509

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne) fragt, ob sichergestellt sei, dass die Sportanlage von der privaten Schule „Die Kappe e. V.“ genutzt werde.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) antwortet, dass die zuständige Verwaltung dies bejahe.

Der **Ausschuss** stimmt der Vorlage – zur Beschlussfassung – zu.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll!